

9.2.2010 10:00 Uhr

Urteil des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe zum Kinderregelsatz von HARTZ IV



9 – 11 Uhr
Kundgebung beim Bundesverfassungsgericht

11 Uhr
Bundesweite Pressekonferenz im Cafe Rih

12 – 14 Uhr
Kundgebung auf dem Marktplatz

Das Bundesverfassungsgericht (BVG) Karlsruhe entscheidet am Dienstag 9.2.2010 voraussichtlich um 10.00 Uhr darüber, ob die pauschale Festlegung des Kinderregelsatzes für HARTZ IV-Bezieher verfassungsgemäß ist oder nicht. Wir erwarten, dass das BVG das bisherige Verfahren ablehnt und der Politik aufgibt, bis zu einem bestimmten Termin ein bedarfsgerechtes Verfahren einzuführen.

➔ **Wir fordern, dass die Regierung dieses erwartete Urteil schnellstmöglich umsetzt. Der Kinderregelsatz muss umgehend erhöht werden, damit die Kinderarmut in unserem reichen Land nicht noch weiter zunimmt.**

➔ **Wir fordern weiterhin, dass die HARTZ-Gesetze grundsätzlich zurückgenommen werden, weil sie dazu beigetragen haben, Armut und Ausgrenzung zu erhöhen. Die versprochene Verringerung der Arbeitslosigkeit ist nicht eingetreten, im Gegenteil haben prekäre Arbeitsverhältnisse drastisch zugenommen, es gab eine Verschiebung in Teilzeit- und Zeitarbeit und Arbeitsverhältnisse, von deren Lohn man/frau nicht leben kann.**

Kommt zu unseren Kundgebungen, unterstützt unsere Forderungen, die im umseitigen Karlsruher Appell zusammengefasst sind.

Diese Kampagne ist eine Aktion des regionalen Aktionsbündnisses zur Erhöhung der HARTZ IV – Kinderregelsätze. Dazu gehören u.a.:

Aktionsbündnis Sozialproteste Karlsruhe, Aktionskreis Montagsdemos, Attac Kandel, Attac Karlsruhe – AG „Kinderarmut und Verteilungsgerechtigkeit“, Die Linke Karlsruhe, Ikarus e.V., SozPädAl e.V., ver.di Erwerbslose Bezirk Mittelbaden-Nordschwarzwald, u.a.

Karlsruher Appell

Aufruf an Bundesregierung, Bundestag und Bundesverfassungsgericht zur Verwirklichung des sozialen Rechtsstaates

Immer mehr Kinder wachsen in Armut auf – in Deutschland, einem der reichsten Länder der Erde. Sie sind damit in ihrer Entwicklung benachteiligt und gleicher Lebenschancen beraubt, allein auf Grund ihrer sozialen Herkunft. In der Bundesrepublik des 21. Jahrhunderts herrschen damit Verhältnisse wie in vordemokratischen feudalen Staaten, in denen das Leben der Menschen wesentlich durch ihre Geburt festgelegt war.

Sozial benachteiligte Kinder sind in ihren Rechten auf Gesundheit und Bildung, auf soziale und kulturelle Teilhabe massiv eingeschränkt, weil durch politische Entscheidungen Reichtum und Macht zunehmend ungleich verteilt sind. Es hat nichts mit Leistung zu tun, wenn sich die gesellschaftlich erarbeiteten Werte bei immer weniger Menschen konzentrieren – es ist einfach ungerecht und asozial.

Diese Verhältnisse widersprechen krass dem verfassungsmäßig gebotenen sozialen Rechtsstaat. Denn dieser schreibt verpflichtend eine Wirtschafts- und Sozialpolitik vor, die zum Abbau sozialer Ungleichheit, zur sozialen Umverteilung und zum Schutz der wirtschaftlich Schwächeren beiträgt. Menschenwürde, freie Entfaltung der Persönlichkeit, Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit dürfen im sozialen Rechtsstaat nicht nur auf dem Papier stehen, sondern müssen für alle Menschen gleichermaßen real gelten und von ihnen verwirklicht werden können.

So lang die Verwirklichung der Grundrechte davon abhängt, in welche Familie Kinder hineingeboren werden, ist der soziale Rechtsstaat Makulatur, ist das Grundgesetz nicht verwirklicht. Rechte und Freiheiten, die bloß auf dem Papier gelten, werden zum Recht der Stärkeren, ihre soziale Überlegenheit rücksichtslos auszuspielen.

Wir erwarten eine aktive Politik, die wirtschaftliche Macht begrenzt und soziale Ungleichheit abbaut. Wir verlangen die Verwirklichung des sozialen Rechtsstaates, damit Rechte und Freiheiten für alle Menschen gelten. Wir fordern eine Politik, die Gesundheit und Bildung, soziale und kulturelle Teilhabe nachweislich und überprüfbar für alle Kinder und Jugendliche in Deutschland unabhängig von ihrer sozialen Herkunft erreichbar macht.

Dieser Appell wurde anlässlich des 4. Kongresses von Attac Karlsruhe, AG „Kinderarmut und Verteilungsgerechtigkeit“, SozPädAl e.V. Karlsruhe, Verdi Bezirk Mittelbaden-Nordschwarzwald, Stadtjugendausschuss e.V. Karlsruhe und Tollhaus e.V. am 9.1.2010 mit dem Titel „Deutschland – ein (a)sozialer Rechtsstaat?“, verfasst und an die o.g. Adressaten weitergeleitet.